

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den 1. aben Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Dresden 2 Mk. im Monat, bei Zustellung nach die Orten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Wilsdruffer Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 5 Pf. Wilsdruffer Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 5 Pf. Wilsdruffer Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 5 Pf.

Anzeigenpreis: Die halbe Seite 20 Goldpfennig, die 4 gepaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 2 gepaltene Reklamazeile im täglichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Besondere und Vorkaufspreise sind nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Wilsdruff, Dresden 2640. Montag den 15. Februar 1926.

Nr. 39. — 85. Jahrgang. — Leipzig-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag den 15. Februar 1926

Der 8. März.

Es ist beinahe so wie beim Abrufen einer Maßliebchenblüte: „Wird es — wird es nicht — wird es ...“ Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund nämlich. Jetzt ist ja das Blütenblättchen mit dem Rufe: „Es wird“ abgezupft worden; auf der Tagesordnung der Völkerbundtagung vom 8. März steht als erster Punkt die Beratung des deutschen Aufnahmegesuches.

Dass es genehmigt wird durch den Völkerbundrat, dürfte kaum zweifelhaft sein, obwohl ... Ja, nun gibt es eine ganze Menge „Obwohl's“. Da ist nämlich vor allem die Einstimmigkeit des Rates erforderlich, um die Aufnahme herbeizuführen. Wenn es sich allein um den Eintritt drehte, so hätte wohl keines der Mitgliedsstaaten dagegen. Es handelt sich aber noch um die Zuteilung eines ständigen Sitzes an Deutschland. Auch dagegen hat man grundsätzlich nichts, wohl aber wollen auch noch ein paar andere Mächte zweiter Ordnung einen solchen Sitz erhalten. Nun müsste aber auch für einen solchen Beschluss, der die Zahl der Ratsmitglieder vermehrt, im Rat die Zustimmung aller Mitglieder sich finden. Daran ist gar nicht zu denken. Außerlich wird diese Weigerung, namentlich Englands, aber auch Spaniens und Hollands, damit begründet, dass eine solche Vermehrung den ganzen Rat sehr unbehilflich machen würde. Der tiefere Grund wird doch wohl der sein, dass man bei diesen Staaten nicht sehr entzückt ist, wenn durch den Eintritt Polens und Brasiliens in den Rat, aber auch durch Spaniens Eintritt (siehe Madrass) die französische Front vermehrt und verstärkt würde. Frankreich selbst spielt ein dunkles Spiel hinter den Kulissen, bei dem der englische Widerstand dadurch geschwächt ist, dass der englische Außenminister bei seinem letzten Aufenthalt in Paris Herrn Briand Zusagen in entgegenkommendem Sinne gegeben hat, womit nun aber das englische Kabinett, besonders das englische Völkerbundratsmitglied, Lord Cecil, alles andere als einverstanden ist. Wenn also Holland und Schweden protestieren, so kommt England leicht aus diesem Dilemma heraus. Und dieser Protest soll auch schon in London und Paris angekündigt sein. Wie sich die Dinge freilich bei der Völkerbundtagung im September entwickeln werden, ist eine Sache für sich, weil ja die Beschlüsse dieser Versammlung Einstimmigkeit nicht zur Voraussetzung haben und dann dort zweifellos der polnisch-französische Vorstoß — Außerlich mit mehr Aussicht auf Erfolg — wiederholt werden wird. Im übrigen wendet sich auch die Schweiz halbamtlich und mit deutlichen Worten gegen den Versuch, die Ratsliste zu vermehren, vor allem gegen das polnische Verlangen, das nur damit begründet wird, im Völkerbundrat würden voraussichtlich zahlreiche deutsche polnische Streitigkeiten zur Verhandlung kommen und deswegen sei die Anwesenheit eines polnischen Vertreters eine Notwendigkeit. Das erstere dürfte nicht unrichtig sein, aber das letztere ist schon dadurch erfüllt, daß im Rate ja — Frankreich sitzt.

Überhaupt wird im September in Genf die ganze Frage der „Einstimmigkeit“ einmal einer Prüfung unterworfen werden müssen, weil eine derartige allzuweit ausgehende Voraussetzung den Völkerbundrat völlig unbehilflich machen kann, die Fällung einer wirklichen Entscheidung allzu häufig durch die Schaffung eines Kompromisses — das immer unbefriedigend ist — verhindert wird. Beispiele genug liegen ja vor. Wohin das stärkere deutsche Interesse in dieser fähigen Frage neigt, läßt sich vorläufig grundsätzlich nicht sagen: wir müssen erst abwarten, welchen Erfolg, ja welchen Gang überhaupt unsere Tätigkeit im Völkerbundrat haben wird. Immerhin ist die Frage schon dadurch angeschnitten, daß auf der Tagung des Völkerbundrats am 8. März auch über „eventuelle Anträge des Rates auf Grund von Artikel 4 der Völkerbundfassung“ beraten werden soll. In diesem Artikel wird aber gerade die Frage der Einstimmigkeit bzw. einfachen Mehrheit des näheren behandelt, besonders die Einstimmigkeit bei Vermehrung der Ratsliste. Bis zum 8. März wird also das Intrigenspiel munter weitergehen; zunächst ist aber erfreulicherweise die offenbar aus französischen Quellen herrührende Meldung demontiert worden, daß Spanien, ein zurzeit nichtständiges Mitglied, seine Zustimmung zu dem Eintritt Deutschlands in den Rat davon abhängig machen wollte, daß es auch selbst einen ständigen Sitz erhält. Genf wird also in den nächsten Wochen und Monaten erheblich an internationalem Interesse gewinnen.

Generalsekretär Drummond kommt nach Berlin.

Nach einer Meldung der Schweizerischen Depeschagentur wird der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, in den nächsten Tagen nach Berlin reisen, um dort über verschiedene mit dem bevorstehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängende Fragen Besprechungen abzuhalten.

Verabschiedung der Steuern in Amerika.

Paris. Aus New York wird gemeldet, daß der Senat mit 96 gegen 9 Stimmen einen Gesetzentwurf angenommen hat, der eine Verminderung der Steuern um 455 Millionen Dollar vorsieht.

Deutschenverhaftungen in Polen

Polnischer Terror gegen die deutschen Minderheiten.

Sausfuchungen beim Deutschen Volksbund

Die Terrorakte gegen die deutschen Minderheiten in Polnisch-Oberschlesien sind in der letzten Zeit besonders in Erscheinung getreten, vor allem in Oberschlesien im Kreis Plesch, wo die deutsche Bevölkerung schwer unter der Wilsfür der Polen zu leiden hat. Die deutsche Bibliothek wurde beispielsweise aus demselben Hause gestohlen, in dem sich die Polizeiwache befindet, ohne daß diese das geringste davon merkte oder merken wollte. Bei einem Bombenwurf in einem Saal und Waffenschatz in einer Scheune versuchten die Westmarkenleute mit Unterstützung der Polizei die Aufmerksamkeit von ihren eigenen Taten abzulenken und die Deutschen zu verdächtigen. Nach vielen Beschwerden bei den Wohlfahrtsbehörden ist es nun endlich gelungen, zu erreichen, daß der Polizeikommandant von Oberschlesien, Mangel, zur Disposition gestellt wurde.

Drangsalierungen in Königshütte und Kattowitz nehmen ihren Fortgang. In den Bezirksvereinigungen Königshütte und Kattowitz des Deutschen Volksbundes wurden während der letzten Tage durch Kriminalbeamte Sausfuchungen vorgenommen. Die Geschäftsführerin der Bezirksvereinigung Königshütte wurde verhaftet. Bei einzelnen Mitgliedern des Deutschen Volksbundes in verschiedenen Orten des Kreises Kattowitz, in Königshütte, Gchorzow und Bismarckhütte erschienen Kriminalbeamte, um Sausfuchungen vorzunehmen. Insgesamt sind bis jetzt 21 Verhaftungen vorgenommen worden. Die Ereignisse in der deutschen Bevölkerung ist groß; namentlich auch in Deutsch-Oberschlesien, wo man um das Schicksal der Angehörigen und Anverwandten in berechtigter Sorge ist.

Die „Gründe“ für die Verhaftungen.

Die Verhaftungen der Führer des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien durch die polnischen Behörden seien, wie es hier heißt, erfolgt, weil die Verhafteten angeblich für die Vorbereitung der Revolution in Ostoberschlesien von Polen und seinen Zusammenschluß mit Deutschland agitiert und militärdienstpflichtige Oberschlesier von der Militärdienstpflicht in der polnischen Armee abgehalten haben sollen. Sie sollen den Militärdienstpflichtigen geraten haben, sich nicht an die späteren Beschlüsse des Sejm, sondern an die ursprünglich gemachten Versprechungen der polnischen Regierung zu halten, die den Oberschlesiern Befreiung von der Militärdienstpflicht innerhalb von acht Jahren zugesagt. In diese Affäre, die polnische Seite als „Spionageaffäre“ angesehen wird, soll außerdem noch eine ganze Anzahl Deutscher in Ostoberschlesien verwickelt sein.

Kein österreichisch-deutscher Geheimvertrag

Wien. Die amtliche Nachrichtenstelle ist von maßgebender Stelle zu der Erklärung ermächtigt, daß die u. a. auch in französischen und italienischen Blättern erscheinende Meldung über einen in Berlin unterzeichneten österreichisch-deutschen Geheimvertrag jeder Grundlage entbehre und als Erzeugnis freier Erfindungen zu betrachten ist.

Kardinal Dalbor †.

Nach einer Meldung aus Posen ist dort der Erzbischof von Gnesen und Primas von Polen, Kardinal Dalbor, im Alter von 57 Jahren gestorben. Dalbor wurde im Jahre 1869 zu Ostrowo geboren. Nachdem er 1914 zum Hausprälaten des Papstes, der ihm im Dezember 1919 den Kardinalshut gab, ernannt worden war, wurde er, der Domherr und Generalvikar in Posen-Gnesen, 1915 nach dem Tode des Erzbischofs Wikowski sein Nachfolger als Erzbischof von Posen und Gnesen.

Kardinal Dalbor war, ähnlich wie der unlängst verstorbenen belgische Kardinal Mercier, Deutschland gegenüber nicht sehr freundlich gesinnt. Obwohl er als Erzbischof von Gnesen im Jahre 1915 im Großen Hauptquartier dem ehemaligen Kaiser gegenüber ein Treugelöbnis abgelegt hatte, ging er 1919 zu den Polen über. Es wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er von den deutschen Katholiken seiner Diözese damals immer mehr abrückte und als ehemaliger preussischer Bischof sich dazu herbeiließ, die feierliche Weihe des Warschauer Parlaments-Saales bei der Eröffnung des revolutionären polnischen Landtages vorzunehmen.

Deutscher Reichstag.

(160. Sitzung.) OB. Berlin, 13. Februar. Auf der Tagesordnung stand die erste Beratung des vorläufigen Handelsabkommens mit der Türkischen Republik. Abg. Stöcker (Komm.) beantragte Ausschubberatung. Der Reichstag dürfte es sich nicht gefallen lassen, auch hier wie

Die dänischen Minderheiten

Dänische Schulsprache gestattet.

Der Amtliche Preussische Pressedienst bringt eine Mitteilung, in der es heißt: Das preussische Staatsministerium hat durch besonderen Erlaß der dänischen Minderheit in den Grenzstreifen der Provinz Schleswig-Holstein weitgehende Rechte auf dem Gebiet des Schulwesens gewährt. Nunmehr soll das Bedürfnis für die Errichtung einer öffentlichen Volksschule in den Schulverbänden der Grenzkreise Flensburg-Stadt, Flensburg-Land und Südböden allgemein anerkannt werden, wenn die Erziehungsbehörden von wenigstens 24 schulpflichtigen Kindern einen dahingehenden Antrag stellen. Das Bedürfnis für die Errichtung privater Volksschulen für die dänische Minderheit soll bereits dann anerkannt werden, wenn ein entsprechender Antrag für zehn schulpflichtige Kinder gestellt wird. Für diese privaten Volksschulen werden staatliche Zuschüsse gewährt. In den Minderheitsschulen soll der gesamte Unterricht in dänischer Sprache erteilt werden; Deutsch ist Unterrichtsfach. Im Lehrplan kann die Pflege dänischen Volkstums vorgegeben werden. An den Privatschulen können Lehrer angestellt werden, die ihre Unterrichtsbefähigung in Dänemark erworben haben, während vor Aufstellung der Lehrer an den öffentlichen Volksschulen der Elternbeitrag zu hören ist. Endlich steht es der Minderheit frei, Privatschulen einzurichten, die über das Ziel der Volksschule hinausführen. Auch diesen Schulen können staatliche Zuschüsse wie den entsprechenden deutschen Privatschulen gewährt werden.

Volksbegehren 4. bis 17. März.

Für die Entleerung der Fürstenhäuser. Beim Reichsminister des Innern, Dr. Müller, sind die Abgeordneten Münchenberg und Stöcker der K. P. D. und Dr. Kuczynski als Vertreter des Ausschusses für Fürstentum-entleerung erschienen und verlangten Auskunft darüber, zu welchem Termin die Listen für das Volksbegehren aufgelegt werden sollen. Der Minister erklärte: „Ich werde in der nächsten Kabinettsitzung, die Anfang nächster Woche stattfindet, den Antrag stellen, daß die Listen für das Volksbegehren vom 4. bis 17. März aufsteigen werden.“ Für das Zustandekommen des Volksbegehrens sind vier Millionen Unterschriften nötig, die die in Frage kommenden Parteien sicherlich anbringen werden. Ob sie allerdings bei dem dann folgenden Volksentscheid die nötige Stimmenzahl erhalten werden, ist noch fraglich.

Im Reichstag hat eine unerbündliche Besprechung zwischen Vertretern der Mittelparteien und einigen Sozialdemokraten über die Frage stattgefunden, ob der Kompromißantrag über die Fürstentum-entleerung so geändert werden könnte, daß er auch für die Sozialdemokratie annehmbar wird. Wie von sozialdemokratischer Seite hierzu gemeldet wird, handelte es sich nur um eine persönliche Frühlingsnahe. Offiziell sind die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichsausschusses noch nicht zu einer Stellungnahme aufgefordert worden. Die sozialdemokratische Fraktion habe also keine Veranlassung, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen.

der vom Auswärtigen Amte mit einer fertigen Sache überzupft zu werden. Nach unerheblicher Debatte würde der kommunalistische Antrag abgelehnt und das Abkommen in erster und zweiter Beratung angenommen. Da die Kommunisten der sofortigen Vornahme der dritten Beratung widersprachen, wurde diese auf Montag verschoben. Es folgte die zweite Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums in Verbindung mit den Anträgen, die sich auf die

Rechtsverhältnisse der Reichseisenbahngesellschaft

beziehen. In einem Bericht über die Ausschussberatungen ging der Abgeordnete Dr. Quast (Dtn.) besonders auf die Tarifpolitik der Reichsbahn ein, die im Ausmaß allgemein beurteilt worden war. Diese Tarifpolitik führe zu einer Begünstigung der ausländischen Waren gegenüber den deutschen. Abg. Schumann (Soz.) bezeichnete das Verhalten der Reichsbahndirektion als eine einzige Summe von geordneten Verschönerungen. Besonders zu verurteilen sei die Nichtdurchführung des vom Arbeitsminister als verbindlich erklärten Schiedsspruches. Bei dem jüngsten Unglück im Tunnel bei Oberhof habe sich gezeigt, wie unverantwortlich bei der Reichsbahn gewirtschaftet wird. Für die Verunglückten sei nicht einmal Verbandszeug beigegeben.

Abg. Engberding (D. Vp.) behauptete, daß die Reichsbahngesellschaft den Wünschen des Verkehrsministeriums in den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft in keiner Weise Rechnung trage. Nachschüsslos seien beispielsweise angefangene Bahnhöfen stillgelegt worden. Im Wasserstraßenverkehr sollte der Minister dafür sorgen, daß die angefangenen Kanalkbauten fertiggeführt und vollendet würden.

Abg. Wienbeck (Dtn.) schloß sich dem Berichterstatter in einer scharfen Kritik des Verhaltens der Reichsbahnverwaltung an. Der Redner trat weiter dafür ein, daß die deutschen Handwerks- und Gewerbevereine eine Vertretung in der